

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: J. Guise.
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Rätestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelleite:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die neuen Kriegssteuern

Der unglückselige Weltkrieg hat bereits ungeheure Kosten verursacht und er wird auch in Zukunft noch große Kosten verursachen. Sie müssen in irgend einer Weise gedeckt werden und ebenso müssen auch die noch unberechenbaren Ausgaben, die durch die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Angehörigen der Gefallenen in Form von Renten zu leisten sind, durch entsprechende Einnahmen ausgeglichen werden. Ueberhaupt werden fortlaufend hohe Summen aufzuwenden sein, um die Wunden zu heilen, die der Krieg geschlagen hat, und alles zu erfüllen, was erforderlich ist, damit unser Volk in seiner Gesamtheit wieder gesund wird. Wir haben heute noch keine Vorstellung davon, wie hoch sich diese Summen belaufen werden, aber so viel steht ohne weiteres fest, daß Staat und Gemeinden nach reichlich fließenden Einnahmequellen Umschau halten müssen, wenn sie allen Anforderungen gerecht werden wollen. Da ist es denn besonders auch für die Arbeiter notwendig, sich mit der Frage zu beschäftigen, wie die Kosten aufgebracht werden sollen. Es geht nicht an, sich einfach auf den ablehnenden Standpunkt zu stellen und zu sagen: „Die Arbeiter haben den Krieg nicht gewollt und deshalb auch keine Veranlassung, für die durch ihn entstandenen Kosten aufzukommen. Mögen also die bestehenden Klassen, in deren Interesse der Krieg vorwiegend geführt worden ist, auch die Kosten bezahlen! Das klingt allerdings recht radikal, aber es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wenn die deutsche Arbeiterklasse diese scheinbar ganz folgerichtige Theorie in die Praxis umsetzen wollte. So einfach liegt die Sache denn doch nicht. Die Ausgaben, die fast ausnahmslos auf gesetzlich gewährtesten Ansprüchen beruhen, müssen eine Deduktion finden, mag das Geld kommen, woher es will. Da nützt es nichts, wenn die Arbeitervertreter in den Parlamenten einfach den Haushaltsplan ablehnen und rundweg gegen alle neuen Steuern stimmen, wohl aber liegt bei Anwendung dieser Taktik die Gefahr nahe, daß die Arbeitervertreter ausgeschaltet werden und daß die bürgerlichen Parteien eine Steuer- und Zollpolitik zu ihrem Vorteil machen. Wir sind überzeugt — und es liegen bereits Anzeichen dafür vor — daß die Gegner der Sozialdemokratie sich über nichts mehr freuen würden, als über eine solche rein verneinende und ablehnende sozialdemokratische Taktik, woraus sich allein schon die Notwendigkeit ergibt, daß die Arbeitervertreter in den Parlamenten mitarbeiten müssen an den Vorschlägen für die Aufbringung der Kosten. Daher erscheint es angebracht, auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus diese Frage zu erörtern, weil ja die Lässigkeit der Gewerkschaften sehr wesentlich durch die Verteilung der Steuerlasten beeinflusst wird.

Es ist erklärlich, daß die Reichsregierung schon während des Krieges bemüht ist, neue Einnahmequellen zu erschließen, um ein Gleichgewicht zwischen Ausgaben und Einnahmen herzustellen. Vermutlich werden in diesem Bemühen die Regierungen der Einzelstaaten und die Verwaltungen der Gemeinden nicht zurückbleiben wollen, sind sie doch vielfach schon dazu übergegangen, die direkten Steuern und die Steuerbefreiungen zu erhöhen. Es handelt sich darum, der Bevölkerung trotz der allgemeinen Legerung und der vielfach verminderten Einnahmen neue Opfer aufzuerlegen zu den bisherigen, die bereits sehr hoch sind. Das unabwehrbare muß zwingt zu diesen Maßnahmen, doch kommt es auch hier, wie überall, darauf an, die Lasten auf die tragfähigen Schultern zu legen. Beachtlich wird zunächst die Einführung der Kriegsgewinnsteuer, die in weitesten Kreisen Zustimmung finden wird, sobald sie durch eine höhere Besteuerung des Tabaks, durch die Einführung eines Kuitungsstempels, durch die Ausdehnung und Heraushebung des Frachtkundenstempels sowie durch eine Erhöhung der Post-, Telegraphen- und Telephongebühren neue Einnahmen geschaffen werden.

Der Name Kriegsgewinnsteuer trifft, genau genommen, auf die geplante Steuer nicht ganz zu. Es sollen nämlich nicht etwa nur die mit dem Kriege im Zusammenhang stehenden Gewinne steuerlich erfasst werden, sondern ein jeder über 3000 M hinausgehende Vermögenszuwachs, mit Ausnahme des durch Erbschaft und Schenkung eingetretenen. Eine gewisse Berechtigung zu einer so weit ausgreifenden Steuererhöhung wird man insofern anerkennen müssen, weil die selbst in so schwerer Zeit Ersparnisse anzusammeln und ihre Kapitalkraft zu steilen vermehren, ohne erhebliche eigene Schädigung zugunsten der Gesamtheit einen Teil der Vermögensvermehrung abgeben können. Dieser Teil ist hoch bemessen, aber doch nicht so hoch, daß gleichsam die Kriegswirtschaft ausgeschaltet wird. Erfreulicherweise will man davon absehen, einen Einheitsfuß zu schaffen, sondern die Steuer wird staffelartig steigen je nach der Größe des Vermögenszuwachses. Noch wichtiger aber ist, daß bei den Personen versucht wird, die wirklichen Kriegsgewinne stärker heranzuziehen als die einfache Sparbarkeit. Um das zu erreichen, ist neben einer Art Grundgebühr ein Zuschlag vorgesehen. Wer, ohne mehr Einnahmen als in Friedenszeiten erzielt zu haben, sein Vermögen vergrößern konnte, hat nur die Grundgebühr zu zahlen, die mit 5 Prozent des Zuwachses beginnt und bis auf 25 Prozent steigt. Ist die Kapitalvermehrung durch erhöhte Einnahmen erreicht worden, so greift der Zuschlag Platz, und zwar verdoppelt sich durch ihn die Steuerabgabe für den Teil des Vermögenszuwachses, der dem Einkommen zuzurechnen oder im Vergleich mit der Friedenszeit gleichgebliebenen Einkommens 10 000 M erspart hat, 5 Prozent gleich 500 M zu zahlen haben. Wer aber 10 000 M mehr als in Friedenszeiten als Einkommen bezogen und diese 10 000 M seinem Vermögen zugeführt hat, muß 10 Prozent gleich 1000 M aufbringen. Als höchste Besteuerung überhaupt kommen für natürliche Personen 50 Prozent in Frage.

Zur Bestimmung der Vermögensvermehrung soll von der für den Bezugsbeitrag am 31. Dezember 1913 erfolgten Veranlagung ausgegangen werden, die feinerzeit im Zusammenhang mit dem im

Deutscher Metallarbeiter-Verband

An unsere zum Militär eingezogenen Verbandsmitglieder!

Vielfach melden sich die vom Militärdienst zu gewerblicher Arbeit entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Kollegen nicht wieder rechtzeitig beim Verband an. Diese Kollegen verlieren damit die durch ihre frühere Mitgliedschaft erworbenen Rechte.

Wir ersuchen alle vom Militär entlassenen, beurlaubten (reklamierten) oder abkommandierten Verbandsmitglieder, zur Wahrung ihrer Rechte sich sofort wieder bei ihrer zuständigen Verbandsstelle zu melden.

Nach § 5, Absatz 6, muß die Anmeldung beim Verband innerhalb vier Wochen nach Entlassung, Beurlaubung oder Abkommandierung zu gewerblicher Arbeit erfolgen.

Es wird allen diesen Kollegen dringend geraten, sich an die Ortsverwaltung ihres Aufenthaltsortes oder an den Vorstand um Auskunft zu wenden.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

gleichen Jahre geschaffenen Gesetz über die Besitzsteuer gebracht worden ist. Von der Besitzsteuer werden indes nur natürliche Personen betroffen; die Kriegsvermögenszuwachssteuer wird, wenn man von den gemeinnützigen Unternehmungen abliest, keine Ausnahmen kennen. Das vor kurzem vom Reichstag angenommene vorbereitende Gesetz zur Kriegsgewinnsteuer (Müllagengesetz) hat im Gegenteil gezeigt, daß man sich in erster Reihe bei den Gesellschaften erzielten Mehrgewinne verschern will. Immerhin sollen gewisse Unterstände zwischen der Besteuerung von natürlichen und juristischen Personen eintreten. Während nämlich, wie wir gesehen haben, bei den natürlichen Personen der Vermögenszuwachs schlechthin abgabepflichtig sein soll, wird bei den juristischen Personen die Besteuerung nicht anders als den von ihnen gegenüber den Friedensjahren erzielten Mehrgewinn (allerdings mit vergleichsweise höheren Sätzen) erfassen. Eine besondere Gewinnstaffelung ist nicht vorgesehen, doch ergibt sie sich auch bei den Gesellschaften gewissermaßen selbsttätig dadurch, daß eben wesentliche Mehrgewinne im allgemeinen nur von denen erzielt worden sind, die durch den Krieg Vorteile gehabt haben. Es ist aber ebenso wie bei den natürlichen Personen eine Staffelfung der Steuer nach der Höhe der Gewinne vorgesehen, nur daß diese Regel insofern eine Milderung erfährt, als bei den Gesellschaften der Gewinn zu dem Kapital in Beziehung gesetzt werden soll. Die Finanzverwaltung ist dabei von dem richtigen Grundsatz ausgegangen, daß eine Gesellschaft, die ihre Dividende von 15 auf 20 Prozent steigert, die Steuer leichter ertragen kann als ein Unternehmen, das statt 4 Prozent in Friedenszeiten für die Kriegsgeschäftsjahre 6 Prozent verteilt. Der Höchstfuß der Besteuerung des Mehrgewinns beträgt bei den Gesellschaften unter Berücksichtigung der Beziehung zwischen Kapital und Gewinn 45 Prozent.

Wir brauchen kein Wort darüber zu verlieren, daß die unmittelbar oder mittelbar durch den Krieg gesteigerten Einnahmen der Personen und Gesellschaften zur Deduktion der Kriegskosten möglichst stark herangezogen werden sollen. Das ist eine einfache Forderung der Gerechtigkeit gegenüber den zahlreichen Proletariaten, die Leben und Gesundheit im Kriege geopfert haben, und auch gegenüber den großen Massen des Volkes, die während des Krieges wahrlich keine geringen Lasten getragen und keine kleinen Opfer gebracht haben. Hoffentlich gelingt es, diese Steuer so zu gestalten und so peinlich genau durchzuführen, daß die Spekulanten und Lebensmittelwucherer, die Kriegslieferanten und Preistreiber scharf angefaßt werden und daß auf diese Weise eine möglichst hohe Summe herauspringt. Es ist nämlich nicht mehr als recht und billig, daß alle die Leute, die den Krieg und die daraus entstandene Not zu einer Goldgrube gemacht haben, auch ordentlich zur Aber gelassen werden. Es wird ohnehin für sie noch genug übrigbleiben.

Was die anderen Steuern betrifft, so kann man über die Berechtigung einer schärferen Heranziehung des Tabaks, der Zigaretten und Zigaretten verschiedener Meinung sein. Wenn auch zuzugeben ist, daß der Tabakgewinn keine unbedingte Notwendigkeit ist und daß er sogar bis zu einem größeren Grade als gesundheitschädlich bezeichnet werden muß, so ist es doch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus sehr fraglich, ob es angebracht ist, ein Gewerbe, das so viele Tausende Menschen ernährt, heftigen Erschütterungen auszuweichen. Der Tabak hat schon wiederholt „Bluten“ müssen, um ein Wort Bismarcks zu gebrauchen, was besonders wegen der Arbeiter nicht auf die leichte Schulter genommen werden sollte, immerhin aber erscheint er, wenn nun einmal neue Einnahmequellen erschlossen werden müssen, als ein geeigneter Steuergegenstand, wobei allerdings auf die Erhaltung der im Tabakgewerbe beschäftigten Personen weitestgehende Rücksicht zu nehmen ist.

Die übrigen geplanten Steuern bedeuten eine weitere Belastung des Verkehrs und können für die Arbeiter nur mittelbar in Frage. Am meisten bestimmen und erklärlicherweise die erhöhten Post-, Telegraphen- und Telephongebühren. Es ist aber nur ein geringer

Trost, wenn amtlich mitgeteilt wird, daß diese staatlichen Einrichtungen bisher viel zu wenig Ueberflüsse erbracht hätten, die gesteigert werden könnten und müßten, denn es besteht die nicht unbegründete Befürchtung, daß die Erhöhung der Gebühren eine Einschränkung des Postverkehrs und dadurch eine Verminderung der Einnahmen zur Folge haben werde. Hier, wie bei den anderen Verkehrsabgaben kann erst die Ausföhrung entscheiden.

Augenscheinlich greifen die bisher in Aussicht genommenen Steuern nur in verhältnismäßig geringem Maße in die Lebensbedürfnisse der großen Masse ein, dagegen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß nach Beendigung des Krieges Pläne zur Beschaffung neuer Einnahmen aufzuarbeiten werden, bei denen es gilt, die Arbeiterklasse vor einer drückenden Belastung zu bewahren, unter der sie möglicherweise zusammenbrechen könnte.

Der Krieg nach dem Kriege

Th. Grausame und tiefe Wunden schlägt der blutige Krieg tagtäglich den Völkern und man sollte annehmen, daß bei allen Beteiligten der sehnlichste Wunsch vorhanden wäre, durch einen baldigen Friedensschluß dem Haß und der Zorntracht unter der Menschheit Einhalt zu gebieten. Es scheint aber noch nicht genug des grausamen Spieles zu sein, erörtert man doch ernstlich, wie der Krieg nach Friedensschluß mit „anderen Mitteln“ fortgesetzt werden kann. Was durch den blutigen Streit nicht erreicht wird, das soll die wirtschaftliche Ausschöpfung vollenden. Und in der Tat, würde das, was unsere Kriegsgegner auf dem Gebiete planen, in die Wirklichkeit umgesetzt, so würden noch nie dagewesene Arbeitslosigkeit, Not und Elend die Folge sein.

Freilich ist auch bei uns die Rede von der Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes. In erster Linie ist dieser aber wohl als Abwehrmaßnahme erdacht, zweitens mahnt die Regierung, wie aus den Ausführungen des preussischen Handelsministers Sydow im Landtag hervorging, zur Vorsicht. Er sagte unter anderem:

„In der Frage unseres wirtschaftlichen Verhältnisses zu Oesterreich-Ungarn muß ich mir natürlich große Zurückhaltung aufzulegen und kann keine Erklärung namens der Regierung abgeben. Nur einige allgemeine Bemerkungen. Es spielt bei diesen Forderungen neben politischen Erwägungen auch zum großen Teil das Gefühl mit. Wirtschaftliche Fragen sind aber keine Gefühlfragen, sondern Interessenfragen. (Sehr richtig!) Die Regelung muß so erfolgen, daß den Interessen beider Teile dabei Rechnung getragen wird, sonst wird eine solche Regelung nicht verständig auf die politischen Verhältnisse, sondern hemmend. Wir müssen erst wissen, wie Industrie, Handel und Landwirtschaft in Oesterreich-Ungarn selbst zu der Frage stehen, und darüber schwebt noch ein ziemlich dicker Schleier. Also das sollten wir erst mit Ruhe abwarten. (Sehr gut!) In unserm Interesse liegt es ferner, diese Verhandlungen so zu führen, daß dadurch unsern Handel und unserer Industrie nach dem Kriege der Verkehr mit den Neutralen und mit den uns jetzt noch feindlichen Staaten nicht erschwert wird. Wir werden für unsere Industrie und unseren Handel den Weltmarkt nicht entbehren können. (Bravo!)“

Hier kommt also klar und deutlich zum Ausdruck, daß eine Verständigung nicht auf Kosten der Einbuße des Weltmarktes geschehen kann. Daß diese Auffassung die einzig richtige ist, werden wir noch beweisen. Aus den ganzen bisher vorliegenden Auslassungen bezüglich einer wirtschaftlichen Annäherung namentlich Oesterreich-Ungarns und Deutschlands geht aber auch hervor, daß an eine Verständigung, wie wir sie uns denken, gar nicht gedacht wird. Die deutschen Agrarier legen schon Verwahrung ein, daß die ungarischen Landwirtschaftserzeugnisse ihnen die Preise herabsetzen sollen. Auf der andern Seite hat zum Beispiel der Präsident der Prager Handelskammer nach der Wossischen Zeitung erklärt, eine Zollunion mit Deutschland müsse zum Heile der österreich-ungarischen Volkswirtschaft ausgeschlossen werden. Es könnte also höchstens zu einem Zerbruch eines Wirtschaftsbundes kommen. Für ein solches Einseitigericht müssen sich die Arbeiter bedanken. Schon um unseren Gegnern jeden Schein der Berechtigung zu nehmen, daß sie die von ihnen angebotenen Maßnahmen verwirklichen können. In diesem Zusammenhang sei auch die Aeußerung des Freiherrn v. Zedlitz im Landtag am 21. Februar erwähnt, der darauf hinwies, daß bei den kommenden Friedensverhandlungen der Verzicht auf eine Selbstständigung dem Verzicht auf gute Handelsbeziehungen vorzuziehen sei.

Im Gegensatz zu diesen verständigen Erklärungen stehen die Aeußerungen von Regierungs- und anderen Organen des gegnerischen Auslandes. Der englische Minister Bonar Law hat nach einer Neuermeldung vom 21. Februar einem Berichterstatter der New York Times erklärt, daß nach dem Kriege ein Wirtschaftsbund der Alliierten die Niederlage des Deutschen Reiches fortsetzen werde. Der am 29. Februar beginnenden Zusammenkunft der englischen Handelskammern liegen eine ganze Reihe Rundgebungen vor, die in demselben Sinne gehalten sind. Sazonow hat in seiner Duma-Rede in derselben Form geäußert: Außer zum Zweck politischer und militärischer Beratungen, sagte er unter anderem, wünschen die Vertreter der Alliierten ihre Vertreter zu Besprechungen von Maßregeln zusammenzutreten zu lassen, die zur Vorbereitung eines künftigen wirtschaftlichen Bündnisses ergriffen werden müssen. Den Tatsachen mehr Rechnung getragen hat der bekannte russische Schriftsteller Peter Struve, der bei Stellungnahme zu einer Rede des englischen Vorkämpfers in Petersburg darauf hinweist, daß die Lösung der wirtschaftlichen Fragen abhängig ist von dem Ausgang des Krieges.

Können nun überhaupt unsere jetzigen Gegner oder Verbündeten bei einem nachfolgenden Wirtschaftskrieg auf nennenswerte Vorteile rechnen? Nach den Ergebnissen des Barometerstandes vor dem Kriege muß man dies verneinen. Nach einem Aufsatz von „Spectator“ (Neue Zeit, Heft 19 vom 4. Februar 1916) für Deutschland mehr als dreimal soviel Fabrikate nach Ländern des

Vierverbändes aus, als nach den Ländern seiner Verbündeten. Auch bezog es von diesen dreimal mehr an Rohstoffen und viermal mehr an Nahrungsmitteln als von seinen Verbündeten. Von der Gesamtausfuhr Deutschlands entfielen 34,8 Prozent auf seine Kriegsgegner und nur 12,2 auf seine Verbündeten. Nach Frankreich zum Beispiel steigerte sich unsere Ausfuhr von 1903 bis 1912 von 274,3 Millionen auf 789,9 Millionen. Ein Beweis, daß ein wirtschaftliches Bündnis „Mittel Europas“, als Kampfmittel gedacht, ernstlich gar nicht in Frage kommen kann. Hinzu kommt noch, daß auch die Einfuhr von Waren aus Österreich-Ungarn nach Deutschland in den letzten Jahren verhältnismäßig zurückging, während sie nach dem gegnerischen Ausland zunahm.

Wie sieht es nun auf der andern Seite aus? Englands Handel mit seinen drei größten Verbündeten betrug 1912 in Millionen Mark:

Nahrungsmittel	Einfuhr:		Ausfuhr:	
	Rohstoffe	Halb- und Ganzfabrikate	Rohstoffe	Halb- und Ganzfabrikate
571,80	584	592,20	351,80	619,40
mit Deutschland allein:				
201,94	127	958,40	144,80	660,60
Nehmen wir den Handel der anderen mit uns verbündeten Länder hinzu, so führte England ein in Millionen Mark:				
	von seinen Verbündeten		Gegnern	
	1557,00	1698,00		
Es führte aus nach dort		976,60		971,20

Rund 700 Millionen Mark seiner Ausfuhr entfallen allein auf Deutschland. Die Einfuhr von Deutschland an Rohstoffen und Halbfabrikaten hatte einen Wert von 398 Millionen Mark. Diese hat England auf Grund unserer Kartellpolitik zu Schieberpreisen bekommen und konnte diese deshalb als verfeinerte Erzeugnisse mit doppeltem Gewinn loschlagen. An den Ergebnissen des Handelsverkehrs zwischen Deutschland und England ist also zu erkennen, daß es auch für England sehr bedenklich wäre, wenn die Handelsbeziehungen nach dem Kriege nicht wieder aufgenommen würden.

Wehrlich liegen die Handelsbeziehungen bei Frankreich: 1912 bezog es an Waren in Millionen Frank von seinen Verbündeten 1690,02 Gegnern 1105,69 Es führte aus nach dort 1726,14 870,06

Nächst England, das für 1361,7 Millionen Frank abnahm, waren wir Frankreichs bester Kunde. Von Bedeutung ist auch hier, daß sich in den Jahren 1903 bis 1912 die Ausfuhr an Waren nach seinen Verbündeten um 11 Prozent, nach Deutschland aber um 60 Prozent steigerte.

Wie steht es zwischen Rußland und Deutschland? Rußland führte 1912 nach England, Frankreich und Italien für 478,4 Millionen Rubel aus. Nach Deutschland allein aber für 453,8 Millionen Rubel. Auch hier ist die Ausfuhr nach Deutschland schneller, nämlich um 94 Prozent gestiegen, während der Warenbezug Rußlands Verbündeter nur um 36,3 Prozent zugenommen hatte.

Die Karte Warnung sollte also allen Völkern sagen, daß wenn die blutige Streitigkeit begraben ist, man gegenseitig alles tun müsse, was den alten Handelsbeziehungen zum Vorteil gereichen könne. Wir denken dabei in erster Linie, wenn auch nicht an eine sofortige gänzliche Freigabe, so doch an eine Milderung des Schutzollsystems, eine der wichtigsten Ursachen zu diesem Weltbrand. Eine Verschlechterung der Handelsbeziehungen muß die Vermögensbeinbuße der beteiligten Länder noch größer machen als sie jetzt schon ist.

Wenn trotzdem tagtäglich und vornehmlich im gegnerischen Ausland von einem wirtschaftlichen Kampfe nach dem Kriege bis aufs Messer gesprochen wird, so ist dies zweifellos nicht die Meinung des gesamten Handels- und Industriekapitals, sondern es sind immer nur bestimmte, wenn auch mächtige Gruppen, die vornehmlich unter dem Wettbewerb der Deutschen zu leiden haben, während andere Gruppen, namentlich die Bezugsnehmer unserer Rohstoffe und Halbfabrikate, ganz anders denken werden.

Vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus muß der Versuch, den Weltmarkt künstlich einzukengen, ein geradezu verbräucherischer genannt werden, denn dadurch wird die nach dem Kriege in beträchtlichem Maße verbleibende Leistung fast zur Unmöglichkeit in allen Ländern gesteigert werden. Der leitende Regierungspersonen, wie wir gezeigt haben, sich dafür ins Zeug legen, kann man nur vom „kriegspsychologischen“ Standpunkt aus erklären. Allen diesen Drohungen gegenüber heißt es kaltes Blut bewahren, weil heute die ruhige Überlegung fehlt. Es verlohnt sich wohl auch, in diesem Zusammenhang eine Anlaufung der Zeitschrift für allgemeine und spezielle Volkswirtschaft wiederzugeben, die im Jahrgang 1914 Heft 2 folgendes schrieb:

Das Reg. der volkswirtschaftlichen Beziehungen hat gegenüber der Staatsgewalt seine Stärke noch nicht dahin behauptet, daß es den Krieg unmöglich machte. Dieses Reg. ist aber keineswegs gewaltlos geblieben, sondern nur vorsichtig abgemildert.

Technische Rundschau

Neue Patente auf dem Gebiete der mechanischen Metallbearbeitung

Es ist bekannt, eine Fläche eines dreiwertigen Schneideisen in der ganzen Länge mit Zähnen zu versehen, um zwei der Schnittwinkel beim Abstreifen möglicherweise Reiben von Schneidspitzen zu erhalten. Ein solches Schneideisen hat aber den Nachteil, daß beim Abstreifen einer Seite auch nur eine Schneidkante geschärft wird. Um zwei scharfe Schneidkanten nach dem Abstreifen einer Seite zu erhalten, empfiehlt es sich daher, zwei Flächen des Schneideisens mit Zähnen zu versehen, während die dritte Seite zum Abstreifen dient. Das Neue besteht daraus bei einem dreiwertigen Schneideisen zum Hobeln des Zellenmaterials (287041, G. Hammer in Garmisch, Rheinland) in der besonderen Anordnung eines Dreikantenschneideisens, das zwei Flächen mit Schneidspitzen anweist, während die dritte Fläche nur abgeschliffen wird, damit man zwei scharfe Schneidkanten erhält.

Die üblichen Bohrspindeln haben noch verschiedene Mängel an. Sie können sich nämlich entweder fest oder sie greifen nicht genau; auch sind sie betreffs ihrer Herstellung oft zu unpräzise und zu teuer. Man hat zum Beispiel Spindeln mit einer Keilnut und einer Keilrippe konstruiert, welche für die Bohrer zu sehr in die Bohrer verschiedene Spindelarten konstruiert, die in verschiedenen genauen Beziehungen zueinander stehen müssen. Der Erfindung folgender Spindel hat man eben darin, daß ihre Ausführung präzisier ist. Dieser Spindel bekannt geworden, die zwei Bohrer von kleinsten Durchmesser zu fassen vermögen, weil die Keilnut in verschiedenen Stellen liegen, die aber den Wellenlauf anweisen, daß der Bohrer präzisier sein soll. Die Bohrer gehen, indem eine genaue Keilnutierung ermöglicht wird. Ein neues, selbstverstellendes Bohrspindel (287774, Bessemer-Gesellschaft in Dresden) will man ein Drehspindel des Bohrerzuges mit Zähnen versehen, daß die hinteren Keilnuten aus zwei Keilnuten bestehen, und daß der Bohrer aus zwei Keilnuten einander in derselben Ebene gegenüberliegen. Auch soll hier eine Keilnutierung des Spindels ermöglicht werden. Die Spindel- und Keilnuten bestehen aus zwei Keilen, die einander paarweise gegenüberliegen, und die in einer Richtung um einen Winkel zueinander verlegt sind, so daß sie sich nicht berühren. Die Bohrer sind ferner von gleichem Durchmesser

Anknüpfung- und Ausgangspunkte bleiben als solche ziemlich intakt vorhanden und müssen dazu dienen, sich wieder zu verbinden.

Also auch hier eine ziemlich ruhige Auffassung der Verhältnisse. Damit soll aber keineswegs gesagt sein, daß nun einfach die diebezüglichen Auslassungen im gegnerischen Ausland mit einem bedauernden Aufschrei abgetan gelten können. Eine militärische Niederlage würde für uns zweifellos auch eine wirtschaftliche Knebelung bedingen. Das sollte denen zu denken geben, die da meinen, dem Arbeiter könne es gleichgültig sein, wie der Krieg ausläuft. Eine Unterbindung unserer Ausfuhr, die im Jahre 1913 über 10 Milliarden betrug, würde eine dauernde Kollage bedeuten. Dies nur nebenbei.

Das bisherige Ergebnis des 19 Monate währenden Krieges läßt wohl den Schluss zu, daß mit einem vollen militärischen Siege auf keiner Seite zu rechnen ist. Eine einseitige Unterwerfung der Friedensbedingungen scheidet danach aus, demnach auch die gewaltsame Unterbindung des Welthandels eines Landes oder mehrerer, namentlich der Deutschlands, auf den es ja in erster Linie abgesehen war. Daraus ist zu folgern, daß, wenn die gegenseitig geschlagenen Wunden etwas vernarbt sein werden, die alten Handelsbeziehungen im großen ganzen wieder aufleben werden. Nichtsdestoweniger werden wir nach dem Kriege mit einer Reihe ungünstiger Verhältnisse zu rechnen haben. Amerika, das schon im Anfang dieses Jahrhunderts sich neben England und Deutschland als Dritter beim Weltverkehr auf dem Weltmarkt einstellte, steht nach dem Kriege in volkswirtschaftlicher Beziehung außerordentlich günstig da. Einen Teil unseres Marktes wird es uns streitig machen. Ein England hat die Schutzallbewegung Aussicht auf endgültigen Sieg. Der Absatz unserer Waren nach dort wird also auf alle Fälle erschwert. Auch der ausländische Rohstoffbezug für unsere Industrie wird nicht so ohne weiteres von staten gehen. Alles das wird auf die Arbeitsverhältnisse einwirken. Und nach den bisher gemachten Erfahrungen wird das Unternehmertum versuchen, die Schwierigkeiten auf dem Weltmarkt vornehmlich auf Kosten der Arbeiter zu beheben.

Daraus folgt, daß die „Daheimgebliebenen“ auch für den kommenden Frieden zu rüsten haben. Ein erheblicher Teil der Industriearbeiter steht unseren Organisationen noch fern. Die verbundene Pflicht der Organisation ist es, diese unseren Reihen zuzuführen.

Zur Unfallgefahr in der Hütten- und Walzwerksindustrie

Jeder Hütten- und Walzwerksarbeiter weiß, daß man in der Schwerindustrie von tödlichen Unfällen wenig Aufhebens macht. Neuerdings heben sie sich aber in einer Weise, daß es selbst in dieser Kriegszeit auffällt, wo man eher geneigt ist, Menschenleben geringer einzuschätzen als sonst. In nachstehend aufgeführten Beispielen waren an den dabei bemerkten Lagen folgende tödliche Unfälle zu verzeichnen:

1. Februar. Hütte Phoenix, Duisburg-Ruhrort. Der Arbeiter Jakob Wenz geriet zwischen eine in Bewegung befindliche Rangiermaschine und eine Gebäudeseite und wurde zu Tode gequetscht. Der Verunglückte hinterläßt Frau und drei Kinder.

4. Februar. Gahnische Werke, Großenbaum. Im Betrieb der Gahnischen Werke im benachbarten Großenbaum verunglückte heute morgen 6 Uhr die 21 Jahre alte Arbeiterin Thiele. Die Bedienungswerte kam gerade aus dem Umkleideraum und wollte die Gleise der Betriebsbahn überschreiten. Eine herannahende Lokomotive überfuhr die Unglückliche so, daß der Tod sofort eintrat.

4. Februar. Hütte Phoenix, Duisburg-Ruhrort. Ein Schrotwerkler wurde von einem Kranen erfasst und so gegen eine Mauer gedrückt, daß er sofort tot war.

11. Februar. Maschinenfabrik Thyssen & Co., Mülheim. Eine Arbeiterin wollte die Gleise überschreiten, geriet aber zwischen die Räder zweier Güterwagen, wodurch ihr der Brustkorb eingedrückt wurde. Sie starb kurz nach dem Unfall. Der Eheemann steht im Felde.

14. Februar. Hütte Phoenix, Duisburg-Ruhrort. Als die Arbeiterin Theophile Wobelenzki einem Wagen, der mit glühenden Schlacken beladen war, ausweichen wollte, stürzte sie über ein Schienenende und stürzte den Abhang hinunter. In demselben Augenblick wurde der betreffende Wagen umgekippt, so daß die Unglückliche von den herausstehenden glühenden Schlackenmassen verschüttet wurde. Mit schweren Brandwunden beehrt, wurde sie herbeigeholt und in das Krankenhaus gebracht, wo sie am anderen Tage durch den Tod von ihren schrecklichen Qualen erlöst wurde.

14. Februar. Lieberheiniische Hütte. Der Arbeiter G. stürzte von einer Hindleitung am Hochofen. Anker schmerzten Kopfverletzungen erlitt der Verunglückte innere Beschädigungen. Er starb nachmittags im Marienhospital.

15. Februar. Thyssen, Mülheim. Eine 20jährige Arbeiterin aus Oberhausen mit Namen Bischoff geriet beim Uebersteigen der Gleise unter einen Zug. Der Unglücklichen wurden beide Beine abgefahren. Der Tod trat infolge Blutverlustes nach kurzer Zeit ein.

und sie haben daher zum Vorhand auch gleiche, leichter herzustellende Konstruktion. Der Erfinder weist in seinen Ausführungen noch darauf hin, daß die Spindeln mit mehreren in verschiedenen Ebenen gelegenen Keilnuten infolge der dünnen Zapfen, auf denen die Rollen sitzen, nicht so fest sein können wie Spindeln mit vollen Nuten. Ferner können die vielen, besonders eingeleiteten Anordnungen der bekannten Konstruktion nur mit dünnen Spindeln befestigt werden, während bei dem hier erwähnten Spindel die Nuten für die hinteren vollen Nuten mit dem äußeren starken Nuten des Spindels aus einem Stück bestehen. Endlich haben die vielen Anordnungen nach dem Keilnut, daß das Spindel infolge der zapfenartigen abgesetzten Stellen schwer zu reinigen ist, wenn sich Schlamm oder seine Späne im Spindel festsetzen. Abdrücken kann die Gewandigkeit der Arbeit durch letzteren Umstand beeinträchtigt werden.

Bei den bekannten Gewindebohrspindeln wird der die Schneidspitzen tragende Teil innerhalb des Schneidkopfes gegenüber den anliegenden Teilen verschoben, wenn die Schneidspitzen geöffnet oder geschlossen werden, wobei die übrigen Teile unbeweglich bleiben, indem sie an einem Schaft angebracht sind, mittels dessen das ganze Werkzeug im Revolverkopf der Maschine befestigt wird. Der Teil, welcher bei der Verschiebungswegung auf die Schneidspitzen wirkt, um den Schneidkopf zu schließen und zu öffnen, ist auch einer Drehbewegung zur Einstellung der Schneidspitzen für verschiedene Schnittweiten fähig, wobei diese Teile mit Führungsflächen versehen sind, die gegen die hinteren Endflächen der einzelnen Schneidspitzen wirken. Dieser Zweck wird durch den Ring erreicht, daß die umgebenden Teile bei der Verschiebung, Schließ- und Öffnungsbewegungen unmittelbar auf die Endflächen der Schneidspitzen wirken. Infolgedessen müssen, wenn man die einzelnen Teile miteinander, die mit den Endflächen der Schneidspitzen zusammenwirkenden Führungsflächen von neuem und anders einstellt werden, um die Schneidspitzen auf den Durchmesser des zu bearbeitenden Gewindes heranzubringen. Dem öffnen sich aber die Schneidspitzen nicht weit genug, was das geschmiedete Gewinde des Arbeitsstückes wieder loszulassen, da mancher ihr Arbeitsweg verengt ist. Diesem Uebelstand soll ein neues Gewindebohrspindel mit radial verstellbaren Schneidspitzen (287504, National-Acme Manufacturing Co. in Cleveland) in folgender Weise begegnet werden. Es sind die Schneidspitzen in Längs angeordnet, die zwei zum Öffnen und Schließen ober zum Öffnen ein verstellbares Schneidspitzen dienende Keilflächen besitzen. Und von dieser liegt die eine senkrecht zur Achse des Schneid-

15. Februar. Hütte Phoenix, Duisburg-Ruhrort. Der Arbeiter Friedrich Kaplar stürzte von einem 10 Meter hohen Gerüst am Hochofen ab, wodurch er einen Bruch der Wirbelsäule und Unterleibsverletzungen erlitt. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. Er leidet ungemessenen Schmerzen, an seinem Aufkommen wird gezweifelt.

16. Februar. Kupfer- und Messingwerk E. Gedemann, Duisburg. In diesem Betrieb wurden durch einen abplattenden Maschinen teil zwei Arbeiter getroffen. Einer, dem das Eisenstück an der Kopf lag, war auf der Stelle tot. Sein Arbeitskollege wurde schwer verletzt in das Bethesda-Krankenhaus eingeliefert.

18. Februar. Friedrich-Wilhelmhütte, Rheinhausen. Hier wurde ein Arbeiter, Vater von acht Kindern, tot zwischen den Gleisen der Fabrikbahn aufgefunden. Dem Unglücklichen waren Arm und Beine abgefahren.

20. Februar. Gussstahlfabrik Felig Wilschhoff, Duisburg. Hier verunglückte der Hammerhämmer Otto Schreiner tödlich. Er war verheiratet und schon 25 Jahre bei der Firma tätig.

23. Februar. Gutehoffnungshütte Oberhausen. Ein Arbeiter kam der Starkstromleitung zu nahe und wurde sofort getötet. Der Verunglückte war Kriegsinvalide.

24. Februar. Friedrich-Wilhelmhütte, Mülheim a. Ruhr. Hier wurde ein Arbeiter tot aufgefunden, anscheinend liegt Ersticken vor.

29. Februar. Gahnische Werke, Großenbaum. Der 17 Jahre alte Arbeiter Maier stürzte von einem Kauftrahen ab und wurde sofort tot. Der Arbeiter Bilz stürzte von der Lokomotive und wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht. Sein Zustand ist bedenklich.

Wir sehen also, 14 tödliche Unfälle in einem Monat und nur in dem Bereich der Verwaltungen Duisburg und Mülheim-Oberhausen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Nun hat der Herr Handelsminister Sydow auf die Ausführungen des Genossen Leinert über die Arbeitsschutzbestimmungen im preussischen Landtag erklärt: Die Arbeitsschutzgesetzgebung bleibt bestehen, und die Vorschriften werden gemessenhaft beachtet, soweit es die Kriegsverhältnisse irgend zulassen. Theoretisch mag das zutreffen, aber in der Wirklichkeit sieht es anders aus. Wir haben aber alle Ursache, in der Zeit des Weltkrieges und des Geburtenrückgangs eine vernünftige Menschenökonomie zu treiben. Jedes Menschenleben ist gerade heute ein kostbares Gut, das sorgfältig gehütet werden muß. Wegen deshalb die Unternehmer durch gewissenhafte Einhaltung der Arbeitsschutzbestimmungen mit dafür sorgen, daß der Verlust an Menschenleben hinter der Front nicht den Umfang annimmt, wie ihn uns die Zusammenstellung leider vor den Augen führt. S. R.

Unser Verband in der 82. Kriegswoche

In nachstehender Übersicht ist das Ergebnis unserer Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit während der 82. Kriegswoche dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungen: Neustadt i. S., Eisenach, Gräfenhagen, Stenbal, Tangermünde, Gurrnerbach, Neuviel, Friedrichshafen, Lörrach und Zweibrücken.

Übersicht über die Zeit vom 20. bis 26. Februar 1916.

Woche	Verwaltungsstellen haben	Mitgliederzahl am Anfang der Woche	Mitgliederabgang überhaupt	Davon zum Heer einbezogen	Mitgliederzahl am Schluß der Woche	Davon arbeitlos	vom Hundert	Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung
1.	36	6056	44	23	6012	14	0,2	82
2.	24	4932	40	17	4892	30	0,6	169
3.	32	7562	91	47	7471	44	0,6	219
4.	53	34673	296	98	34377	155	0,4	693
5.	79	28311	216	71	28095	128	0,5	567
6.	48	28548	202	57	28346	60	0,2	294
7.	37	23469	200	52	23269	38	0,2	263
8.	27	10874	61	24	10813	73	0,7	439
9.	48	17607	163	66	17444	925	5,3	2751
10.	41	19929	138	46	19791	538	2,7	2393
11.	1	51090	321	321	50769	578	1,1	2061

Zus. 421 | 10 | 232841 | 1771 | 822 | 231070 | 2583 | 1,1 | 9931

* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugeworbenen und Neuaufgenommenen.

Neuaufnahmen fanden im Laufe der Berichtswochen 1067 statt, während 822 Mitglieder zum Heer einberufen wurden.

Die Zahl der Arbeitslosen betrug 2633 gegen 2565 in der vorhergehenden Woche, blieb aber im Verhältnis zur Mitgliederzahl mit 1,1 v. H. auch in der Berichtswochen unverändert.

Krank waren 4086 Mitglieder gemeldet gleich 1,8 v. H. der Mitgliederzahl, gegen 3988 oder 1,7 v. H. in der Vorwoche. Die ausgezahlte Krankenunterstützung betrug 22690 M gegen 11879 M in der vorhergehenden Woche.

Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

topfes, während die andere ergentrich in der Umdrehungsrichtung des Schneidkopfes gelagert ist.

Wird ein gerader Metallstab an einer Stelle erhitzt, so weicht er nach dem Erkalten eine konvexe Wiegung dort auf, wo die Wärme wirksam gewesen war. Diese Tatsache ist bei einem Verfahren zum Richten ungerader, unrunder oder windigbieger metallener Gegenstände (286127, Gussstahlfabrik F. Wilschhoff in Duisburg) benutzt worden. Danach wird einfach der trumme Gegenstand auf der konvexen Seite, je nach der Stärke der Krümmung und mehr oder weniger abgegrünt, einige Millimeter tief erhitzt, worauf die Abkühlung erfolgt. S. W.

Schutzvorrichtung bei der autogenen Metallbearbeitung

Bei der autogenen Metallbearbeitung wird noch vielfach Explosionsgefahr gefürchtet, die entweder durch nicht richtig gebaute Anlagen oder durch Versehen des Arbeiters entstehen kann. Dieser Gefahr soll eine in Deutschland und im Ausland patentierte Knappich'sche Sicherheitswasserborlage vorbeugen, die von der Firma Keller & Knappich, G. m. b. H., Augsburg III gebaut wird. Diese Wasserborlage ist mit einer Warnungspfeife verbunden, die sich sofort vernehmen läßt, wenn ein Apparat etwas nicht in Ordnung ist. Dies geschieht, wenn der Wasserstand in der Borlage zu gering oder wenn die Röhre verstopft ist, oder wenn infolge einer Störung in der Gasleitung Luft angesaugt wird. Zurücktretender Sauerstoff entweicht unter allen Umständen durch die Sicherheitspfeife, er tritt also nicht in den Apparat selbst gelangen und dort Knallgas bilden. Ebenfalls ist bei dieser Sicherheitsborlage ein Zurückfließen des Explosionsstoffes in die Leitung oder in den Apparat nicht zu befürchten und in der Borlage selbst können bei der Arbeit des Raumes keine gefährlichen Explosionen stattfinden, außerdem ist die Borlage so fest gebaut, daß keine Zerrümmerung zu befürchten ist. Im übrigen ist die Borlage zweckmäßig eingerichtet und leicht auseinanderzunehmen. Ihr Preis beträgt 60 M. Unsere Kollegen, die bei der autogenen Metallbearbeitung beschäftigt sind, machen wir hiermit auf sie aufmerksam, damit sie nötigenfalls ihre Unternehmer davon in Kenntnis setzen können.

Anreizzettel

Unser Verbandsmitglied Georg Schnorr in Rathenow, Provinz Pommern, hat sich einen Anreizzettel schenken lassen, der sich nicht nur genau einstellen läßt und dessen Schenkel während des Gebrauches nicht nachgeben. Der Zettel besteht aus zwei ausgefalteten Stahlblechblenden. Diese bewegen sich in einem geschlitzten Zuständer

Berichtswochen	Verwaltungstellen haben		Anzahl der zum 31. d. M. eingetragenen Mitglieder	Anzahl der zum 31. d. M. abgetretenen Mitglieder	Anzahl der zum 31. d. M. verstorbenen Mitglieder	Anzahl der zum 31. d. M. neu aufgenommenen Mitglieder	Anzahl der zum 31. d. M. ausgeschiedenen Mitglieder
	ber. d. d. M.	nicht ber. d. d. M.					
1. August 1914	—	—	538814	13132	2,5	—	—
1. - 4. Wom 2. 8. bis 29. 8.	422	30	143243	377756	73995	19,5	1237091
5. 8. = 30. 8. = 26. 9.	384	68	15891	361804	50431	14,9	1625079
9. 13. = 27. 9. = 31. 10.	433	13	13468	348271	27727	7,9	1198669
14. 17. = 1. 11. = 28. 11.	433	13	9350	338472	16793	4,9	454173
18. 22. = 29. 11. = 2. 12.	415	30	11091	323565	12753	3,9	295060
23. 26. = 3. 1. = 30. 1. 15.	422	20	7117	316822	8318	2,6	153122
27. 30. = 31. 1. = 27. 2. 15.	429	14	7818	312268	6581	2,1	106308
31. 34. = 28. 2. = 27. 3. 15.	416	25	9013	303496	5200	1,7	75090
35. 39. = 28. 3. = 1. 5. 15.	420	20	12003	291526	4593	1,6	79192
40. 43. = 2. 5. = 29. 5. 15.	418	22	10119	283104	4028	1,4	47168
44. 47. = 30. 5. = 26. 6. 15.	416	23	10806	271619	3728	1,4	45222
48. 52. = 27. 6. = 31. 7. 15.	423	14	10510	264677	3414	1,3	51462
53. 56. = 1. 8. = 28. 8. 15.	418	18	7952	258792	2464	1,3	41279
57. 61. = 29. 8. = 2. 10. 15.	410	24	12040	251989	2997	1,2	44274
62. 65. = 3. 10. = 30. 10. 15.	416	18	10541	245325	2377	1,0	29477
66. 69. = 31. 10. = 27. 11. 15.	419	15	8395	238864	2271	1,0	22895
70. 74. = 28. 11. = 1. 1. 16.	418	13	6892	233107	2451	1,0	30272
75. 78. = 2. 1. = 29. 1. 16.	421	10	3108	232638	2641	1,1	30178
79. = 30. 1. = 2. 2. 16.	418	13	856	232194	2504	1,1	7353
80. = 6. 2. = 12. 2. 16.	420	11	739	231551	2527	1,1	9710
81. = 13. 2. = 19. 2. 16.	419	12	568	231889	2565	1,1	7685
82. = 20. 2. = 26. 2. 16.	421	10	822	231070	2583	1,1	9931

Die Zahl der Arbeitslosen weist in den letzten vier Wochen keine wesentliche Steigerung auf und ist im Verhältnis zur Mitgliederzahl mit 1,1 v. H. seit 8 Wochen unverändert geblieben.

Arbeitslosenunterstützung wurde seit Beginn des Krieges 5600670 M. ausgezahlt.

Zum Militär sind bisher 311240 Mitglieder unseres Verbandes einberufen worden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Um Forderungen zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 19. März der 13. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. März 1916 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungsstelle Östlingen für die 2. Klasse 10 % die Woche. Der Verwaltungsstelle Witten (Ruhr) für die 2. Klasse 10 % die Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

In Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung wurden der Verwaltungsstelle Wittweida für die 1. Klasse 20 % Extrabeitrag die Woche gestattet. Das ist ein Druckfehler. Es muß heißen: für die 1. Klasse 10 % die Woche.

Gestohlen wurde:

Buch-Nr. 597866, lautend auf den Schmied August Landwehrkamp, geb. am 20. August 1851 zu Bielefeld, eingetretten am 3. Januar 1904 in Helsen. (Helsen.)

Wir für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den „Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstraße 16 a“ zu adressieren. Geldsendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röntgenstraße 16 a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Berichte

Gravure und Ziselure.

Leipzig. Die allgemeinen Berufsverhältnisse hatten sich bis zum Ende des Jahres 1915 noch ungünstiger gestaltet als im ersten Kriegsjahr. In 17 Betrieben der Relief- und Golddruckbranche, die Ostern 1914 256 Kollegen beschäftigten, standen nur noch 48 in Arbeit. Davon arbeiteten 12 nur halbe Tage, 5 hatten eine täglich um eine halbe Stunde gekürzte Arbeitszeit und nur 31 arbeiteten täglich 9 Stunden. In den drei größten Betrieben, die Ostern 1914 eine Arbeiterzahl von 45, 38 und 36 Personen hatten, wurden jetzt 12, 5 und 7 gezählt. Aus der Stahltemperbranche können Vergleiche nicht gezogen werden, da hier im Jahre 1914 mangels tätiger Kollegen zuverlässige Angaben nicht ein-

und werden durch eine Feder in eigenartiger Weise gespreizt. Die Stellschraube wirkt von oben auf die Schenkel; die Stellmutter ist geteilt. Man kann sie durch Festhalten der Schenkel schnell lösen, an der Stellschraube auf- und abziehen und auf diese Weise den Zirkel schnell verstellen. Eine Feinstellvorrichtung ist natürlich auch vorhanden. Die Spitzen sind einfach aus Stahlstift gearbeitet und austauschbar. Das andere Ende der Spitzen ist so gearbeitet, daß der Zirkel auf einfache Weise in einen Zylinder oder Nockenhalter verwandelt werden kann. Das sauber gearbeitete Werkzeug kostet 4 M. mit lösbarer Mutter und Kleinsatz zum Zeichnen je 50 S. Mehr. In Teilen bezogen zum Selbstzusammenbau kostet der Zirkel 2 M. 50 S.

„Ersatz für Lötlöten“

Unter dieser Überschrift bringt die in Leipzig erscheinende illustrierte Zeitung für Metallindustrie einen Beitrag, worin der Verfasser zeigt, daß man sich beim Löten in vielen Fällen ohne Lötlöten helfen kann. Was er mitzuteilen weiß, ist für Metallarbeiter, die viel hart oder weich Löten müssen, jedoch nichts Neues. Derselben Meinung ist auch die Schriftleitung der genannten Zeitschrift. Dagegen macht diese in ihrem Nachwort auf etwas aufmerksam, das auch wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Sie hatte vor einigen Monaten eine Anzeige von einem Klempnermeister in Regensburg les pontis aufgenommen, worin dieser sich erbot, eine Anweisung zu Herstellung und Gebrauch von „Kupfer-Ersatz-Lötlöten“ zu erteilen, die die Kupferlöten nicht nur ersetzen sollen, sondern sich auch langsamer abnutzen als diese. Die Anzeige sah harmlos aus. Ein Blechwarenfabrikant wandte sich an den Klempnermeister um Auskunft und erhielt zunächst die Mitteilung, daß er vorher 20 M. einfinden müsse. Nachdem das geschehen war, erhielt er folgende „Anweisung“:

„Der Kolben besteht aus Gußstahl guter Qualität. Beim Löten wird der Kolben zur Erhaltung sauberer Verzinnung ab und zu in fugenartiges Schwefelwasser, 96 Teile Regenwasser, 5 Teile Schwefel (abgelöschte Salzsäure) getunkt; im übrigen geschieht die Verzinnung durch Besprühen auf ein Stück Salmiak.“

Es wird darin also durchaus nichts Neues mitgeteilt und es ist ein starkes Stück, für eine solche „Anweisung“ 20 M. zu verlangen. Derselben Ansicht ist natürlich auch die illustrierte Zeitung. Diese verpflichtet sich einen besseren Ersatz von Lötlöten aus einer Legierung von beschlagnahmefreien Metallen. Eine solche müßte aber erst gründlich ausprobiert werden.

lesen. In 4 Betrieben dieser Branche waren jetzt 11 Gehilfen beschäftigt. Hier ist der Beschäftigungsgrad ein besserer geworden, es wurden fast durchgängig sogar 2 Ueberstunden geleistet. Aus der Silberstichbranche konnte nichts Näheres ermittelt werden, da die wenigen Kollegen beim Militär oder nicht mehr am Orte waren. Die Organisationsarbeit gestaltete sich noch schwieriger als im ersten Kriegsjahr, denn von 270 bei Kriegsausbruch im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen waren am Schluß des Jahres 1915 nur noch 17 (jezt 16) im Berufsstand, die übrigen haben, soweit sie nicht Militärdienst leisten, in anderen Berufen Arbeit gesucht. Die Ostern 1915 auslernenden Kollegen waren einer Versammlungseinladung der Branchenleitung fast vollständig gefolgt, doch ließ sich auch hier ein dauernder Erfolg nicht zeitigen, da der größte Teil der jungen Leute zum Militär einberufen wurde. Die Lehrlingszahl hat sich nicht wesentlich verringert. Neben den 43 Gehilfen der vorgenannten Betriebe der Relief- und Golddruckbranche wurden 43 Lehrlinge gezählt. Wir fanden Betriebe, wo neben 5 Gehilfen 10 Lehrlinge (Krag Orlin), 3 Gehilfen 4 Lehrlinge (Weißbeß & Kridol), 1 Gehilfen 3 Lehrlinge (Oswald) usw. tätig sind. Dies hindert aber nicht, daß die Deutsche Gewerbe- und Stempel-Zeitung in Nr. 23 vom Jahr 1915 schon wieder den Ruf ertönen läßt: „Hilfet Lehrlinge heran“, während in Nr. 5 vom Jahre 1916 ein Stuttgarter Prinzipal vorschlägt, einmal 10 Jahre lang keine Lehrlinge einzustellen, da er — und mit Recht — in der bisher betriebenen Lehrlingszucht der wirtschaftlichen Niedergang unseres Berufes erblickt. Doch nicht nur der Ruf nach Lehrlingen, sondern noch mehr nach weiblichen Lehrlingen ertönt jetzt aus Prinzipalstreifen, man befürchtet allerdings durch deren Einstellung ein weiteres Sinken der Preise für die Arbeiter und in Nr. 4 vom Jahre 1916 läßt sich ein Prinzipal folgendermaßen hören: „In unserm Zeitalter hat sich die Frau schon in vielen Gewerben ihren Platz erobert... weil sie eine billigere Arbeitskraft ist als der Mann. Und hier fängt die Schattenseite an, die die Ausbildung weiblicher Lehrlinge für uns haben kann und wird. Solange es nur weibliche Lehrlinge und Gehilfen gibt, mag die Sache noch gehen. (Das glauben wir gern. D. Schr.) Aber die Gehilfinnen werden auch einmal selbständig und werden durch ihre Venügfamkeit auch uns eine unliebame Konkurrenz machen.“ Er schildert dann, daß die 4-jährige Lehrzeit und die geringe Entlohnung während dieser wohl absehend wirken werden, daß nur auf Lehrlinge aus dem Arbeiterstande und von Kleingewerbetreibenden zu rechnen ist, denn: „Die besser situierten Stände lassen ihre Söhne und Töchter nur ausnahmsweise und dann nur aus Unkenntnis ein so schlecht dastehendes Gewerbe erlernen, wie das des Graveurs und Ziseliers.“ Nun, sorgen wir dafür, daß die Unkenntnis auch den Arbeiterkreisen genommen wird und der weibliche Kollege (er dürfte am liebsten in die Silberstichbranche einziehen) nicht zum Lohnbruder wird, gleichen Lohn für gleiche Leistungen. Organisieren wir ihn. Mögen die deutschen Kollegen auch heute an Organisationsarbeit leisten, was unter den Verhältnissen irgend möglich ist, damit nach Friedensschluß die Organisation auf sicherer Grundlage weiterbauen kann, es wird den Graveuren bitter not tun, sich ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen.

Metallarbeiter.

Samburg. Die hiesige Verwaltungsstelle hatte zum 16. Februar eine öffentliche Versammlung nach dem Gewerkschaftshaufe mit der Tagesordnung: „Die Frauarbeit in der Metallindustrie vor, während und nach dem Kriege“ einberufen. Als Rednerin war Genossin Gertrud Hanna (Berlin) erschienen. In eindrucksvoller Rede verstand es die Rednerin, ihren Geschlechtsgenossen die Notwendigkeit organisatorischer Zusammenstöße klarzumachen. Sie wies auf die durch den Krieg geschaffenen wirtschaftlichen Verhältnisse hin, die eine überaus starke Vermehrung der Frauarbeit gebracht haben. Schon vor dem Kriege hätte man der Frauarbeit mehr Aufmerksamkeit entgegenbringen müssen, leider hat man Wirkung und Umfang zu spät erkannt. Ständig hat die Erwerbstätigkeit der Frau zugenommen. Nach einer amtlichen Erhebung vom Jahre 1890 belief sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen auf fünf Millionen; im Jahre 1907 hatte sie sich schon auf 9 1/2 Millionen gesteigert. In dieser Zahl sind die Heimarbeiterinnen nicht mit eingerechnet. Auch dürfte ein großer Teil derjenigen Heimarbeiter fehlen, die aus Furcht vor Besteuerung sich weigern, sowie ein Teil aus „besseren Ständen“, die sich schämen, ihre Tätigkeit anzugeben. Die Zahl der verheirateten erwerbstätigen Frauen ist von einer auf drei Millionen gestiegen, vermehrte sowie geschiedene Frauen nicht mit eingerechnet, sonst würde die Zahl vier Millionen betragen. Diese Zahlen sind Beweis dafür, daß die Ansicht, die Erwerbsarbeit sei ein Übergang zur Ehe, falsch ist. Die Notwendigkeit ist es, die die Frau hinaus ins Erwerbsleben treibt. Man hat die Frauarbeit als lässel betrachtet, sie bekämpft, weil sie als Wettbewerberin auftrat; beseitigen konnte man sie nicht. Zur Beseitigung der Lohnbrückerin waren die Organisations der beste Hebel. Diese müßten sich aber erst von Vorurteilen freimachen, ehe sie sich entschließen konnten, Frauen in ihre Reihen aufzunehmen. Auch der Metallarbeiter-Verband war nicht frei von diesen Vorurteilen. Hätte man die Wirkung gefaßt, so wäre die Stellungnahme sicherlich eine andere gewesen. Die Schwierigkeiten, die der Organisation der Frau entgegenstünden, sind nicht zu verkennen. Es fehlte an Mitteln und an Kräften, daher kam es, daß Dinge nicht als selbstverständlich galten, die man heute als selbstverständlich ansieht. Wenn es den Organisationsleitungen bisher trotz aller Mühe nicht gelungen ist, dem Organisationsgedanken unter den Frauen weitere Verbreitung zu verschaffen, so trägt nicht zum wenigsten falsche Erziehung von Hause aus mit Schuld daran. Die Frau hat eine andere Stellung als der Mann. Aus der Schule entlassen, wird das Mädchen mit häuslichen Arbeiten beschäftigt, als Vorbereitung zu ihrem Beruf als Frau und Mutter. Gelegenheit, sich zu bilden, zu informieren, ist ihr viel weniger gegeben, als dem Mann. Der Mann muß einem Verein angehören, beim Mädchen wird kein Gewicht darauf gelegt, ihre Gedanken werden von anderen Dingen umfungen. So spielen viele Dinge zusammen, die die Mädchen daran hindern, sich mit Organisationsarbeiten zu beschäftigen. Auch tragen die Arbeiter selbst einen Teil der Schuld, indem sie sich nicht die nötige Mühe zur Aufklärung gegeben haben. Die Referentin ging dann auf die Entlohnung der Frauen ein und stellte fest, daß diese nur in Ausnahmefällen den Lohn der Männer erhalten, im allgemeinen aber schlechter entlohnt werden. Der Gefahr begegnet man nicht durch Bekämpfung der Frauarbeit, sondern durch Organisation. Im Schutze der Organisation wird die Frau nicht nur die schwere Zeit nach dem Kriege besser überleben, sie wird auch als Person, als Wesen eine höhere Wertung erhalten. In der Aussprache, die sich in zunehmendem Maße bewegte, wurden vielfach Klagen wegen schlechter Behandlung durch Meister und Meisterinnen erhoben, besonders die Firma Blohm & Wop soll nach dieser Richtung viel zu wünschen übrig lassen. Mit einem nochmaligen Hinweis auf die Notwendigkeit der Organisation schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Samburg. In der Generalversammlung am 21. Februar legte Babst zuerst den Kaszenabschluß für das 4. Vierteljahr 1915 vor. Die Hauptkasse schloß im Einnahme und Ausgabe mit 39 916,55 M. ab, wobei ein Kaszenbestand von 2667,65 M. am Schluß des 3. Vierteljahres berücksichtigt wurde. Die Ortskassen, die im Einnahme und Ausgabe mit 101 440,72 M. abschloß, hatte am Schluß des 3. Vierteljahres einen Kaszenbestand von 81 161,24 M. und am Schluß des 4. Vierteljahres einen solchen von 86 519,40 M., also rund 5400 M. mehr. Aus dieser Kasse wurden für Unterstützungen an Arbeitslose und Kranke, bei Not- und Sterbefällen zusammen 1729,65 M. gezahlt. Die Jahresrechnung schloß für die Hauptkasse mit 135 726 M. in Einnahme und Ausgabe ab. Wenn auch bei der verminderten Mitgliederzahl die Einnahmen entsprechend zurückgegangen sind, so konnten infolge der 151 000 M. betragenden Benützungsausgaben für Kranken- und Arbeitslosenunterstützung 136 000 M. an die Hauptkasse überwiesen werden. Die Jahresrechnung der Ortskassen schloß im Einnahme und Ausgabe mit 153 031 M. ab. Die Zahl der Mitglieder betrug bei Beginn des Jahres 5810 und Ende 1915 noch 4463. Die Zahl der Neuaufnahmen liegt von 1447 im Jahre 1914

auf 1798 im Jahre 1915. Zum Militär wurden 3196 Mitglieder im Jahre 1914 und 2504 Mitglieder im Jahre 1915 eingezogen, zusammen 5700 Mitglieder der Verwaltungsstelle Samburg. Zurück meldeten sich davon bisher 627 Mitglieder, so daß noch 5073 Militärdienst verrichten. Als auf dem Felde gefallen oder in Lazaretten gestorben wurden bis zum 1. Januar d. J. 328 gemeldet. Bald nach Kriegsausbruch beschloß eine Generalversammlung die Bildung eines Kriegshilfsfonds aus Extrabeiträgen zur Unterstützung der Familien der eingezogenen Mitglieder. Anfang 1915 war ein Kaszenbestand von 3119,80 M. vorhanden. Ausgegeben wurden bis zum Ende des Jahres 42 103,95 M.; es verblieb ein Kaszenbestand von 8452 M., so daß die Einnahmen 50 555,95 M. betragen hatten. Als Weihnachtsgeschenken wurden bis 1. Januar d. J. an 2398 Familien mit 2696 Kindern 27 676 M., an die Bezirksleitung für bedürftige Verwaltungsstellen 3000 M. und in 1101 sonstigen Fällen 11 431,95 M. gezahlt. Die Gesamteinnahmen des Fonds haben bisher 75 934,95 M. und die Gesamtausgaben 67 482,95 M. betragen. Zu Ostern vorigen Jahres wurde bei der Konfirmation oder der Schulentlassung für jedes Kind einer Kriegerfamilie eine Beihilfe von 15 M., ferner bei Sterbefällen 20 M. und bei Geburten 10 M. gezahlt. Angesichts der höher und höher steigenden Ausgaben für die Lebenshaltung des Volkes haben sich auch Staat und Städte zur Erhöhung der Fürsorge für die Kriegerfamilien geäußert. Die Höhe wurde erhöht und der Kreis der Empfangsberechtigten erweitert. Auch die Besitzer industrieller Werke gewähren den Familien ihrer zum Gesezsdienst eingezogenen Arbeiter und Angestellten Unterstützungen; sie können das auch unschwer, da sie an den Seereslieferungen so erheblich verdienen. Im Herbst 1914 sah sich die organisierte Arbeiterenschaft Hannovers aus bekannten Gründen veranlaßt, eine eigene Arbeiterfürsorge unter Leitung eines Arbeiterausschusses einzurichten. Der Erfolg war ein sehr erfreulicher. Bis 1. März 1915 wurden bereits 46 000 M. in bar hierfür von verschiedenen Organisationen, Korporationen und Einzelpersonen gesendet. Man wandte sich auch an ländliche Kreise, und da waren es namentlich die Pastoren, die der Arbeiterfürsorge während des Krieges ihr Vertrauen schenkten. Es ist ihnen meist zu verdanken, wenn aus den beiden letzten Ernten 7000 Zentner Kartoffeln und viele hunderte Zentner Gemüse und Obst gesendet wurden. Erinnert sei auch noch an den billigen Fleischverkauf auf dem Hofe des Gewerkschaftshauses zum Wohle von Kindern von Arbeiterfamilien. So hat sich denn, schloß Babst seine Ausführungen, die organisierte Arbeiterenschaft auch den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen im Kriege leicht angepaßt, hat ihren Mann gestanden, durch Einmütigkeit und Solidarität bedeutende Kriegsfürsorgeerfolge erzielt und wird das auch in Zukunft vermögen. Diese Tätigkeit in der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterenschaft berechtigt zu schönen Hoffnungen auch nach dem Kriege. Jenks schilderte dann die steigende Not in den Arbeiterfamilien als eine wirtschaftliche Begleiterscheinung des wider Erwarten so lange dauernden Krieges, eine Not, die vor allem auch durch die stetige und steigende Verteuerung der Lebensmittel und aller anderen Bedarfsartikel verursacht wurde. Auch die Lage der Familien der Metallarbeiter ist während des Krieges in Wahrheit nicht besser geworden, sondern hat sich da die von den Unternehmern den Metallarbeitern vorgehaltenen Lohnhergehungen hinter der Erhöhung der Lebensmittelpreise weit zurückgeblieben, sogar verschlechtert. Die Metallindustriellen aber konnten, da sie große, reichen Verdienst bringende Gesezskieferungen übertragen erhielten, ihre Lage noch viel glänzender gestalten als vor dem Kriege, trotz der Lebensmittel-verteuerung. Denn die fühlt man nicht, wenn man zum Beispiel wie die Hannoverische Maschinenbau-Aktiengesellschaft die Dividende auf 30 (im Vorjahre 20), wie die Waggonfabrik auf 25 (im Vorjahre 10) und die Telephonfabrik normals Berliner auf 18 Prozent (im Vorjahre 10) erhöhen, wenn man, wie ein Werk, nach reichen Abschreibungen noch 700 000 M. auf neue Rechnung vortragen oder die Lantime auf die Aufschüßzrate eines anderen Werks von 6000 auf 10 000 M. erhöhen kann. Hinter der Schwerindustrie wollten die Agrarier beim Verdienen natürlich nicht zurückbleiben. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband war somit ebenfalls verpflichtet, mit allen Kräften eine Verbesserung der Lage seiner Mitglieder und deren Familien, die von der allgemeinen Verteuerung am meisten getroffen wurden, zu erstreben. Diese Pflicht hat er in Hannover erfüllt. Im Jahre 1915 wurden in einer großen Reihe von Werken Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht. Mit Hilfe der Organisation wurden im Jahre 1915 Lohnherhöhungen erzielt für 841 Personen in Höhe von zusammen 3093,36 M. für eine Woche oder von 160 854,72 M. für ein Jahr. Von einzelnen Werken erhielten die Klempner und Installateure eine Verteuerungszulage von 3 M. die Woche oder eine Lohnherhöhung von 2 bis 5 % die Stunde. Die Klempner-Zinnung hatte bei den Verhandlungen ihren Mitgliedern empfohlen, die Verteuerungszulagen vom Juli vorigen Jahres an zu zahlen, und der Obermeister hatte das warm befürwortet. Die Elektrionteure erhalten laut Vereinbarung mit ihrer Zinnung seit April vorigen Jahres 5 % Lohnherhöhung, die Heizungsmonteure seit 1. November vorigen Jahres laut Vereinbarung mit den Heizungsindustriellen eine Lohnherhöhung von 10 %, 10 Prozent Akkordherhöhung, und zwar auf die Höhe bis 300 M. und außerdem eine Erhöhung der Landzulage auf 3,75 M. den Tag. Die Gasanstalt in Hannover ist Mitglied der Zinnung. Sie zahlte trotzdem bedeutend geringere Löhne als vereinbart worden war. Die Ortsverwaltung ersuchte wiederholt um Respektierung des Tarifs, aber vergeblich. Da kam die Gasanstalt, die englischer Besitz ist, unter die Aufsicht der Stadt Hannover. Die Klempnerzinnung und die Ortsverwaltung des Verbandes wandten sich nun an die Stadtverwaltung und machten auf die Nichtbeachtung des Tarifs aufmerksam. Nach längeren Bemühungen wurde endlich erreicht, daß die Gasanstalt ihren Monteuren und deren Familien die tarifmäßigen Löhne zahlte. Die Akkordfäße auf den Werken wurden zum Teil erhöht, Abzüge entweder ganz vermindert oder nicht im geplanten vollen Umfang vorgenommen. Ueberstunden- und Sonntagsarbeit wurden früher von manchen Kollegen, ohne Aufschlag zu bekommen, ausgeführt. Die Aufschläge werden jetzt gezahlt. In einigen Betrieben, wo das nicht geschah, wurde die Zahlung durch Verweigerung der Ueberarbeit und in einem Betrieb erst durch Arbeitniederlegung erreicht. Auch Kürzungen der Arbeitszeit sind ein Erfolg der Organisation der Metallarbeiter. Die Agitation für den Verband war im vorigen Jahre erfreulich. Von den 15 Angehörigen der Verwaltungsstelle sind 9 im Felde. Immerhin bedarf die Aufnahme von etwa 1800 neuen Mitgliedern im vorigen Jahre den Abgang. Was die Frauarbeit in der Metallindustrie betrifft, so hat sie, wie überall, auch in den hannoverschen Betrieben stark zugenommen. Man braucht kein Gegner der Frauarbeit zu sein, muß aber fordern, daß die Frauen den gleich hohen Lohn wie die Männer für die gleiche Arbeit erhalten. In hannoverschen Betrieben sind rund 4000 Frauen beschäftigt. Die Frauen dürften nicht für so schwere Arbeiten benutzt werden. Um sich lange eine billige Arbeitskraft zu erhalten, versucht man die Frauen und Mädchen zum Abschluß von langfristigen, von Jahresverträgen zu bewegen. Die männlichen Kollegen müssen die weiblichen Arbeiter vor allem zu organisieren und für den Deutschen Metallarbeiter-Verband zu gewinnen suchen, die meist unerfahrenen und angelernten Frauen und Mädchen über ihre wirkliche Lage und die wirtschaftlichen Zwecke, die man mit ihnen verfolgt, aufklären. Auch Jenks wies zum Schluß auf die dauernde Notwendigkeit hin, die Familien der im Felde stehenden Mitglieder zu unterstützen. Bis heute sind, wie man annehmen darf, wohl rund 400 Kollegen aus Hannover und Sünden gefallen. Da müssen und werden auch noch viele Liebesherzlein gesendet werden. Das sind die Kollegen auch den Kampfesbrüder im Felde schuldig, die mit Sorgfalt an ihre Lieben in der Heimat denken. Wortmächtig dem im Geiste der Solidarität durch die Tot! (Weiß!) In die Ortsverwaltung wurden neu gewählt die Mitglieder Homann und Meyer. Als Parteidelegierte wurden gewählt die vorgelegten Mitglieder Jenks, Babst, Jenke, Fischberger, Ernst, Lingweiler, Lerna und Hohmann und als Ersatzmänner E. Weder, F. Ruch, Sandhagen und Jehnner. Mit der Annahme des Antrages, zu Ostern abermals für jedes Kind der Familie eines zum Gesezsdienst einberufenen Mitglieds bei der Konfirmation oder Schulentlassung 15 M. Unterstützung aus dem Kriegshilfsfonds zu gewähren, wurde die Generalversammlung geschlossen.

